

Inhalt

Neues Design, bewährter Inhalt	1
2. Phase der Bewerbung um CSR-Gütesiegel für öffentliche Unternehmen gestartet	2
Aktuelles	3
Themenrückschau März 2014:	5
CEEP: Aktuelles aus Brüssel	6
EU-Glossar	10
Terminvorschau:	11
Kontakt	11

Neues Design, bewährter Inhalt

Liebe Abonentinnen und Abonnenten,

der bvöd-Newsletter hat sich als zuverlässiges und beständiges Format in der Außenkommunikation des bvöd etabliert. Seit seinem ersten Erscheinen im **August 2011** im Zuge der Verbandsneuorganisation informieren wir Mitglieder und die interessierte Öffentlichkeit heute bereits zum 31. Mal über die Aktivitäten des bvöd und CEEP, seiner Mitglieder und Partner und über die wesentlichen Themen der EU-Agenda für Unternehmen und Erbringer öffentlicher Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge. Über 1.000 Abonentinnen und Abonnenten in Deutschland und Europa werden auf diese Weise erreicht.

Wir hoffen, dass Ihnen das neue Design des Newsletters zusagt, und wir freuen uns, Sie weiterhin über aktuelle Themen und Projekte des bvöd und seines Umfeldes zu informieren.

Ihre

bvöd-Geschäftsstelle



Impressum

Bundesverband Öffentliche
Dienstleistungen - Deutsche
Sektion des CEEP e.V. (bvöd)

Invalidenstraße 91
10115 Berlin

fon: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 0
fax: +49 (0) 30 / 94 39 51 3 - 29
email: info@bvoed.de
www.bvoed.de

2. Phase der Bewerbung um europäisches CSR-Gütesiegel für öffentliche Unternehmen gestartet

Von Dezember 2013 bis Mitte April 2014 haben knapp 50 Unternehmen aus ganz Europa die Gelegenheit genutzt, die Umsetzung von CSR-Maßnahmen und -Praktiken in der eigenen Organisation mit anderen öffentlichen Unternehmen sektor- und europaweit vergleichen zu lassen.

In einem zweiten Schritt haben die dort erfolgreich abgeschnittenen Unternehmen bis zum 30. Mai 2014 die Möglichkeit, anhand von Belegdokumenten ihre guten Ergebnisse verifizieren und evaluieren zu lassen. Hierfür steht ein Leitfaden auf Deutsch online zur Verfügung: [LINK](#) (pdf-Datei)

Bei einer positiven Bestätigung von Seiten der externen Evaluatoren winkt diesen Unternehmen im November 2014 die Verleihung des für zwei Jahre gültigen [CEEP-CSR-Gütesiegels](#).

Insgesamt haben 15 deutsche öffentliche Unternehmen die diesjährige Bewerbungsphase genutzt, um den Selbsttest durchzuführen.



Gruppenfoto mit Vertreterinnen und Vertretern öffentlicher Unternehmen aus ganz Europa, die das CEEP-CSR-Label 2012 verliehen bekommen haben, mit dem MdEP Marc Tarabella (3.v.l.) und dem CEEP-Präsidenten Hans-Joachim Reck (Mitte).

Aktuelles

EuRH kritisiert Verkehrsprojektplanung in EU-Mitgliedsländern



Luxemburg, 16.04.2014. Einem vom Europäischen Rechnungshof (EuRH) kürzlich veröffentlichten Bericht zufolge werden zwei Drittel der aus den EU-Strukturfonds kofinanzierten Nahverkehrsprojekte in fünf untersuchten Mitgliedstaaten nur unzureichend genutzt. Als Schwachstellen machten die Prüfer die Projektkonzeption und eine unzulängliche Mobilitätspolitik aus.

[zum vollständigen Artikel](#)

Verbände beziehen Stellung zu EU-Vorschriften für Umweltschutz- und Energiebeihilfen



Berlin, 14.04.2014. Die EU-Kommission hatte am 9. April 2014 neue Vorschriften für staatliche Beihilfen in den Bereichen Umweltschutz und Energie verabschiedet. Die bvöd-Mitgliedsverbände VKU und BDEW haben jeweils dazu Stellung genommen.

[zum vollständigen Artikel](#)

CEEP kritisiert Mangel an Kohärenz und langfristiger Strategie bei der Verabschiedung der Public Service Obligation-Leitlinien



Brüssel, 10.04.2014. Am 21. März stimmte die Europäische Kommission über die Auslegungsleitlinien für die Umsetzung der Verordnung (EC) Nr. 1370/2007 zu öffentlichen Personenverkehrsdiensten auf Schiene und Straße ab. Der CEEP hat kürzlich in einer Stellungnahme dazu Position bezogen.

[zum vollständigen Artikel](#)

Ergebnisse der dritten europaweiten CEEP-Umfrage "Pulse of Public Services"



Brüssel, 07.04.2014. Die Ergebnisse der dritten europaweiten CEEP-Umfrage "Pulse of Public Services" unter öffentlichen Unternehmen wurden kürzlich anlässlich des EU-Sozialgipfels im März 2014 vorgestellt. CEEP bittet die Manager und Führungskräfte öffentlicher Unternehmen regelmäßig um eine Einschätzung der aktuellen Situation des Unternehmens und der zu erwartenden ökonomischen Entwicklungen hinsichtlich Investitionen und Beschäftigung.

[zum vollständigen Artikel](#)

EU-Quartalsbericht über die soziale Lage und die Beschäftigungssituation veröffentlicht



Brüssel, 04.04.2014. Ende März 2014 veröffentlichte die Europäische Kommission ihren Quartalsbericht über die soziale Lage und die Beschäftigungssituation in Europa. Der Bericht hält fest, dass im Anschluss an die Finanzkrise zwar momentan ein Wirtschaftsaufschwung einsetzt, allerdings hierdurch noch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.

[zum vollständigen Artikel](#)

CEEP-Position zum Vorschlag der EU-Kommission zur Pensionsfondsrichtlinie



Brüssel, 03.04.2014. Im März 2014 hat die Europäische Kommission im Rahmen einer Mitteilung eine Revision der Richtlinie 2003/41 über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (sog. EbAV-RL oder Pensionsfondsrichtlinie) vorgelegt. Der CEEP hat sich kürzlich in seiner Funktion als Europäischer Sozialpartner dazu geäußert.

[zum vollständigen Artikel](#)

CEEP bei Abschluss-Konferenz der EU-Kommission zum öffentlichen Auftragswesen



Brüssel, 02.04.2014. Am 19. März 2014 trafen sich Vertreter der EU-Institutionen und ihre Partner anlässlich der finalen Konferenz zum Paket zum öffentlichen Auftragswesen. Als einer der Hauptakteure in der Debatte zu den drei Richtlinien war die CEEP-Generalsekretärin Ronzitti als Sprecherin beim Panel zur Richtlinie über die Vergabe von Konzessionsverträgen vertreten und rief zu einer effektiven Kooperation mit Behörden und Betreibern in der Umsetzungsphase der Richtlinien auf.

[zum vollständigen Artikel](#)

BDA und AKA warnen vor zusätzlicher Bürokratie für die betriebliche Altersvorsorge durch EU-Pensionsfondsrichtlinie



Berlin/München, 01.04.2014. Am vergangenen Donnerstag (27.03.14) hat die Europäische Kommission im Rahmen einer „Mitteilung zur langfristigen Finanzierung der Europäischen Wirtschaft“ einen bereits seit längerem angekündigten Vorschlag für eine überarbeitete Pensionsfondsrichtlinie veröffentlicht. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und der bvöd-Mitgliedsverband Arbeitsgemeinschaft kommunaler und kirchlicher Altersversorgung (AKA) haben dazu jeweils Stellung genommen.

[zum vollständigen Artikel](#)

EU-Kommission startet Konsultation zu Investorenschutz in geplantem Freihandelsabkommen EU-USA



Brüssel, 27.03.2014. Am heutigen Donnerstag hat die EU-Kommission ihre angekündigte öffentliche Online-Konsultation zum Investorenschutz und zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und Staat in der geplanten Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) gestartet. Damit reagiert sie nach eigenen Angaben auf die zunehmende öffentliche Debatte um dieses geplante Handelsabkommen mit den USA.

[zum vollständigen Artikel](#)

Themenrückschau März 2014:

- [Wasserverbände nehmen Stellung zu EU-Kommissionsantwort auf Bürgerinitiative und zum Weltwassertag](#)
- [CEEP beim Europäischen Sozialgipfel: „Öffentliche Dienstleistungen sind der Schlüssel, um das Vertrauen in Europa zurückzugewinnen“](#)
- [Landkreistag verabschiedet Resolution zur Entlastung der Kommunen durch den Bund](#)
- [Bundesländer: EU-Kommission überschreitet mit geplanten Beihilfeleitlinien rechtliche Kompetenzen](#)
- [EU-Parlament kritisiert Methoden der "Troika" und stimmt für deren Abschaffung](#)
- [VA-Hinweis: "Zukunftsfähiges Beteiligungsmanagement: Chancen für Städte und Kommunen sowie Bund und Länder"](#)
- [CEEP nimmt Stellung zum dritten Jahresbericht über Beschäftigung und soziale Entwicklungen in Europa](#)
- [CEEP warnt vor erhöhten Anforderungen für Behörden und ÖPNV durch Neuregelung der VO 1370/2007](#)
- [Wissenschaftlicher Beirat des bvöd wählt Präsidium](#)
- [Master „Public Service Management“ der Universität Leipzig startet im Herbst](#)

CEEP: Aktuelles aus Brüssel

Struktur CEEP-Generalsekretariat:

Die aktuelle personelle Zusammensetzung des CEEP-Generalsekretariats lautet wie folgt:

- Generalsekretärin Valeria RONZITTI
- Büroadministration Manuela MATTIELLO & Rachel de WOUTERS
- Projektmanagement David ANCIAUX
- Kommunikation Maxime STAELENS

Referenten CEEP BOARDS & TASK FORCES:

- Social Affairs Board Guillaume AFELLAT
- Public Services Board Laurent FELIX
- Sustainability Board Johannes IMMINGER

[Link zu Kontaktdaten](#)

Themenbereich Public Services:

Überarbeitetes WTO-Übereinkommen zum öffentlichen Beschaffungswesen in Kraft getreten

Der CEEP weist darauf hin, dass das einzige rechtlich bindende Übereinkommen innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) zum öffentlichen Beschaffungswesen (englisch: Government Procurement Agreement, kurz GPA) am 6. April in Kraft getreten ist.

Nach der neugefassten gestrafften Version sollen die Unternehmen in den Vertragsstaaten verbesserten Marktzugang erhalten, da das Anwendungsgebiet im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens erweitert wurde. Laut Schätzungen der WTO wird die überarbeitete Version des GPA zu zusätzlichen Beschaffungsmöglichkeiten im Wert von ca. 80 Mrd. Euro führen.

Insgesamt haben 15 Staaten die Vereinbarung unterzeichnet: die EU repräsentativ für die 28 Mitgliedsstaaten, Armenien, Kanada, Hong Kong (China), Island, Israel, Japan, Korea, Liechtenstein, die Niederlande zusammen mit Aruba, Norwegen, Singapur, die Schweiz, Chinesisch-Taipeh und die USA.

CEEP- Konsultationsantwort zur Überarbeitung geltender MwSt.-Bestimmungen für öffentliche Körperschaften

CEEP hat verschiedene Beiträge und Kommentare der CEEP-Mitglieder zur Konsultation der EU-Kommission zur „Überarbeitung geltender MwSt.-Bestimmungen für öffentliche Körperschaften und Abgabenbefreiung im öffentlichen Interesse“ in einem Konsultationsbeitrag zusammengefasst und bei der EU-Kommission eingereicht. Die Beantwortungsfrist der Konsultation war der 25. April.

Öffentliche Konsultation zu ISDS

Die Europäische Kommission hat Anfang des Monats im Kontext der EU-US-Handelsverhandlungen eine [öffentliche Konsultation zu ISDS](#) (Investor-State Dispute Settlement) eröffnet, die bis zum [6. Juli 2014](#) läuft. Unter der Leitung der **S&I&STAT Task Force** wird CEEP in den kommenden Wochen eine Antwort erarbeiten.

TTIP: Neue Runde der Gespräche im Mai

Die fünfte Gesprächsrunde zu TTIP wird zwischen dem 19. und dem 23. Mai 2014 in Washington stattfinden. Bis Ende des Sommers wird der Austausch von Angeboten in allen betroffenen Gebieten (Güter, Dienstleistungen, Beschaffung und Investitionen) abgeschlossen sein. Die USA streben die Aufnahme eines Streitschlichtungsmechanismus (ISDS) an, die EU scheint dazu weniger entschlossen. Andererseits verlangt die EU von den USA die Möglichkeiten für EU-Firmen für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu verbessern. Brüssel fordert außerdem die Aufnahme von Finanzdienstleistungen in die Verhandlungen.

Bedenken hinsichtlich der mangelnden Transparenz der Verhandlungen werden verstärkt geäußert.

Sowohl das Europäische Parlament als auch die Mitgliedsstaaten (mit qualifizierter Mehrheit) müssen einem zukünftigen Vertrag zustimmen damit er rechtskräftig wird.

Themenbereich Social Affairs:

Ungeduld im Europäischen Parlament hinsichtlich einer neuen Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz

EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat Bedenken bezüglich des Fehlens einer Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz geäußert. Der letzte EU-Fahrplan lief 2012 aus. Seitdem hat die Europäische Kommission lediglich eine öffentliche Konsultation eingeholt, bei der Interessengruppen zu einer Liste von Zielen und Maßnahmen befragt wurden, teilte der CEEP kürzlich mit. Das Parlament rief bereits zweimal zur Erneuerung des Fahrplans auf. Schulz drängt nun die EU-Kommission „Entschlossenheit zu zeigen und vor Ende der Legislaturperiode eine neue Strategie zu verabschieden“. Bis jetzt hat die Kommission zwei Strategien zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz verabschiedet (2002-2006 und 2007-2012). CEEP geht

momentan davon aus, dass der EU-Kommissar für Beschäftigung und Soziales László Andor die Präsentation einer neuen Strategie für Juni 2014 plant.

CEEP bei EU-Konferenz zur Jugendgarantie “Making it happen“ in Brüssel

Am 8. April 14 veranstaltete die EU-Kommission unter der Schirmherrschaft von Präsident Barroso eine Konferenz zur Umsetzung der Jugendgarantie in Brüssel. Eine wichtige Botschaft der Veranstaltung war, durch konzertierte Bemühungen die Jugendgarantie in Europa umzusetzen und die Beschäftigung junger Menschen als wichtigen Bestandteil der wirtschaftlichen Erholung anzusehen. Weiterhin wurde die Notwendigkeit betont, in die Schaffung von Arbeitsplätzen verstärkt zu investieren (einschließlich der „green economy“ und im Sozialektor) und ein duales Ausbildungssystem zu schaffen. Die Auswertung der zahlreichen Jugendgarantie-Programme sollte im Rahmen des Europäischen Semesters und auf auch Mitgliedsstaatsebene stattfinden.

CEEP-Generalsekretärin Valeria Ronzitti nahm zusammen mit den anderen europäischen Sozialpartnern während der Konferenz Stellung: „Strukturelle Reformen des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlungen und der Bildung sollten Hand in Hand gehen mit Investitionen in Wachstum und der Schaffung von Arbeitsplätzen.“

Außerdem bestand sie auf der Notwendigkeit, die Investitionen sowohl auf soziale und „weiße“ Arbeitsplätze (Hospital und Pflege) als auch auf die Bildungssysteme auszurichten.

Vorschlag der EU-Kommission für neue europäische Plattform gegen Schwarzarbeit

Der am 9. April veröffentlichte [Vorschlag](#) beinhaltet die Schaffung einer europäischen Plattform, um die Kooperation zwischen den Behörden der Mitgliedsstaaten, wie z.B. Arbeitsagenturen, Aufsichtsbehörden, der Finanzverwaltung, Sozialversicherungsbehörden, und den europäischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen voranzutreiben. Er sieht vor, dass „alle Mitgliedstaaten Teil der Plattform werden, da sie alle von Schwarzarbeit betroffen sind und gemeinsames Handeln aller EU-Länder außerordentlich wichtig ist, um grenzübergreifende Probleme anzugehen“, so die EU-Kommission.

Der Legislativ-Vorschlag folgt auf eine öffentliche Konsultation mit den Sozialpartnern. **CEEP** bestand dort darauf, die Aufnahme von Scheinselbstständigkeit zu den Themen der Plattform mit Vorsicht zu behandeln. Im Hinblick auf Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten betonte CEEP die Wichtigkeit der nationalen Definition eines Arbeiters (im Gegensatz zu der eines Selbstständigen). Dieses Thema wurde in den Vorschlag aufgenommen und die Kriterien zur Definition eines Beschäftigungsverhältnisses sollen durch nationales Recht und Praxis definiert werden.

Weitere Infos: [„Schwarzarbeit: Kommission schlägt eine neue Plattform zur Prävention und Abschreckung vor“](#)

CEEP-Sektorthemen

Öffentliche Konsultation zur neuen Forschungs- und Innovationsagenda für Wasser

CEEP gibt bekannt, dass die [Joint Programming Initiative "Water challenges for a changing world"](#), die gesellschaftliche Herausforderungen in Bezug auf Wasser in Europa adressieren soll, bis Juni 2014 einen neuen Fahrplan zur strategischen Forschung und Innovation auflegen wird. In diesem Kontext wird eine öffentliche Konsultation in Form eines [Fragebogens](#) durchgeführt, in der die Einschätzung der Wichtigkeit und Dringlichkeit von bereits festgelegten Aufgabenbereichen abgefragt wird.

Erste Veröffentlichung des EU-Fortschrittsanzeigers für Transport

Am 10. April veröffentlichte die Europäische Kommission einen Fortschrittsanzeiger zum Transport in der EU. Er vergleicht die Leistung der Mitgliedsstaaten in 22 transportbezogenen Kategorien. Der Europäischen Kommission zufolge ist es das Ziel dieses ersten [EU-Fortschrittsanzeigers für den Transport](#) eine Momentaufnahme der Vielfalt der Leistungen der Mitgliedsstaaten in Transportangelegenheiten in ganz Europa zu bieten und den Mitgliedsstaaten zu helfen, Mängel zu identifizieren und Prioritäten für Investitionen und Richtlinien zu definieren, so CEEP. Er vereint Daten aus zahlreichen Quellen (z.B. Eurostat, Europäische Umweltagentur, Weltbank und OECD). Die Intention der Kommission ist es, in den kommenden Jahren die Indikatoren im Dialog mit den Mitgliedsstaaten, der Industrie und anderen Interessengruppen weiterzuentwickeln und den Erfolg der Mitgliedsstaaten im Laufe der Zeit zu verfolgen.

Rat verabschiedet Revision der Richtlinie zu Umweltverträglichkeitsprüfung

Am 14. April verabschiedete der Europäische Rat die Revision der [Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung](#) (UVP-RL; „Richtlinie zur Aktualisierung und Stärkung von Regeln für die Prüfung der Auswirkungen bestimmter öffentlicher und privater Projekte auf die Umwelt“). Diese Prüfung beinhaltet die systematische Sammlung und Analyse von Daten über die ökologischen Auswirkungen eines Projekts. Die überarbeitete Richtlinie passt Kriterien und Verfahren an und verstärkt die Kontrollmechanismen, um die ökologischen Auswirkungen auszuwerten und gleichzeitig sicherzustellen, dass Kohärenz und Synergien mit anderen Rechtsakten, EU-Politiken oder Maßnahmen der Mitgliedsstaaten auf nationaler Ebene existieren. Die Mitgliedsstaaten haben drei Jahre Zeit, um sie in nationales Recht umzusetzen.

Verabschiedung der Breitband-Richtlinie durch das Europäische Parlament

CEEP weist darauf hin, dass am 15. April das EU-Parlament den mit dem Rat abgesprochenen [Kompromisstext](#) zu Maßnahmen zur Reduktion der Kosten des Einsatzes von elektronischen Hochgeschwindigkeits-Kommunikationsnetzen verabschiedet hat. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Kosten für Tiefbauarbeiten, die für den Einsatz von Breitband benötigt werden, zu reduzieren. Im Rahmen des Trilogs hatten Parlament und Rat zugestimmt, den Vorschlag von einer Verordnung, wie ursprünglich von der Europäischen Kommission

vorgeschlagen, zu einer Richtlinie zu ändern. Sie muss folglich in nationales Recht umgesetzt werden und gilt ab Juli 2016. In der Praxis erfordert die neue Gesetzgebung, dass Netzbetreiber Zugang zu ihrer physischen Infrastruktur gewähren: Grabungsarbeiten für Telekommunikation, Energie, sanitäre Einrichtungen und Transport. Außerdem verlangt sie die Installation von Kabel-Kanälen in neuen öffentlichen Gebäuden sowie einige Auflagen für Privathäuser.

EU-Glossar

Was ist der „Beschäftigungsausschuss“ auf EU-Ebene?

Der Beschäftigungsausschuss (englisch: Employment Committee, kurz EMCO) berät primär die im Rat „Beschäftigung und Soziales“ (EPSCO) vertretenen Fachminister über Folgemaßnahmen zum [Europäischen Semester](#). So beobachtet der Ausschuss die Fortschritte der Mitgliedsländer bei der Umsetzung der angeratenen Reformen und bereitet die nächsten länderspezifischen Empfehlungen vor, die dem Rat zur Annahme vorgelegt werden. Außerdem fördert er den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, beteiligt sich am Dialog über die makroökonomische Politik auf Gemeinschaftsebene und stimmt sich mit den europäischen Sozialpartnern u.a. über den Jahreswachstumsbericht und die nationalen Reformprogramme ab.

So wurde 2013 eine Ad-hoc-Gruppe zur Europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitik und der Rolle der Sozialpartner, u.a. mit CEEP, eingerichtet, um einen regelmäßigen und strukturierten Austausch mit den europäischen branchenübergreifenden Sozialpartnern zu ermöglichen.

Um bei der Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitiken und -arbeiten ein hohes Beschäftigungsniveau zu erreichen, bemüht sich der Beschäftigungsausschuss, die Kohärenz zwischen den beschäftigungspolitischen Leitlinien und den Grundzügen der Wirtschaftspolitik sicherzustellen und Synergien zwischen europäischer Beschäftigungsstrategie, Koordinierung makroökonomischer Politik und Wirtschaftsreformprozess zu fördern.

Auf Anfrage des Ministerrates der Europäischen Kommission oder auf eigene Initiative hin gibt der Ausschuss Stellungnahmen ab; auf Anfrage der Präsidentschaft des Rates der EU bereitet er die Diskussionen des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ vor. Er nimmt auf fachlicher Ebene am makroökonomischen Dialog teil.

[Ganzen Text lesen](#)

Terminvorschau:

14.05.2014	1. Sitzung des Präsidiums- und Gesamtvorstands des bvöd	Berlin: GdW
20.05.2014	Arbeitskreis der öffentlichen Nahverkehrsunternehmen im bvöd	Berlin: BVG
z.Z. in Abstimmung	bvöd-Ausschuss im Sozialpartnerbereich	Berlin: TdL
Neu: 21.10.2014 (t.b.c.)	bvöd-Jahresveranstaltung 2014	Berlin
Neu: 21.10.2014 (t.b.c.)	2. Sitzung des Präsidiums- und Gesamtvorstands des bvöd	Berlin
Neu: 22.10.2014 (t.b.c.)	2. Plenarsitzung des Wissenschaftlichen Beirates des bvöd	Berlin

zum [CEEP - Kalender 2014](#)

Kontakt

Dominik Hellriegel

fon +49 (0) 30 / 943 95 13 - 0

Referent bvöd-Geschäftsstelle

email hellriegel@bvoed.de

[Alle bisherigen Newsletter-Ausgaben](#)

[Newsletter abonnieren](#) - zur Abbestellung genügt eine Mail an info@bvoed.de